

Migration sollte als Bereicherung begriffen werden

Thomas Faist, Professor in Bielefeld, weist in einem Gespräch mit der deutschen Zeitschrift „Franziskaner“ nach, dass Migration für die Gesellschaft wichtig ist. Er spricht zwar von Deutschland. Aber das meiste gilt sicher auch für die Schweiz.

Professor Faist, das Themenfeld Migration, Asyl, Ausländer wird nach einer aktuellen Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen von 42 Prozent der Deutschen als das wichtigste Problem der Gegenwart bezeichnet. Wo liegen aus Ihrer Sicht die Ursachen für diese Entwicklung?

Ich denke, Migration ist das Metathema. Das liegt daran, dass sich Migration mit allen sozialen Problemen der Gegenwart verbinden lässt: mit Arbeitslosigkeit, mit Wohnungsnot, mit Partnermangel. Die meisten dieser Verbindungen tragen aber nicht weit. Die Faktenlage ist eindeutig: Weder Arbeitslosigkeit noch Wohnungsmangel wurden in Deutschland durch Migration entfacht oder angefacht. Das Thema Migration wird instrumentalisiert, nicht nur von Rechtspopulisten, sondern auch von Parteien der Mitte. Diese Instrumentalisierung ist möglich, weil Migration als Metathema für eine Verschiebung von Ängsten steht – weg von Kriegen, weg vom Klimawandel; hin zu etwas, was als menschliches Gesicht der Globalisierung bezeichnet wird. Die Folgen von Globalisierung kann man am Thema Migration besonders gut und einfach festmachen. Es ist also auch ein gewisser Verdrängungseffekt dabei, sodass neben Migration kaum noch Platz für die eigentlich wichtigen Krisen ist.

Für Politiker:innen ist das sehr einfach und bequem. Man demonstriert Handlungsfähigkeit, obwohl die Effekte, die man angeblich erzielen will, relativ gering sind. Letztendlich ist die gegenwärtige Politik eine symbolische Politik. Diese Politik der Metafrage begleitet uns schon seit Jahrzehnten und kommt immer wieder hoch. Es scheint fast so, als ob politische Parteien daraus gar nichts lernen wollen. Jedes Mal, wenn Migration als Metafrage aufkommt, hat eigentlich nie die Partei gewonnen, die sie aufgegriffen hat, sondern immer die Rechtsaußen-Parteien, die sich darüber profiliert haben. Es ist also eine Art No-win-Situation für die Parteien der demokratischen Mitte, wenn sie dieser Strategie folgen.

Wenn Migration das menschliche Gesicht der Globalisierung ist, würden Sie dann sagen, dass die Menschen, die Angst vor Migration haben, eigentlich Angst vor Globalisierung haben?

Mit Globalisierung meine ich sämtliche Aktivitäten, die uns grenzübergreifend betreffen – mit ihren wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Auswirkungen. Und wenn ich vom menschlichen Gesicht der Globalisierung spreche, dann meine ich, dass viele der Auswirkungen, die bei uns Angst erzeugen, unheimlich komplexe Wirkungszusammenhänge haben – wie Klimawandel, die Reduktion von Biodiversität, das Sterben von Arten etc. Es ist sehr verführerisch, sich auf etwas zu konzentrieren, was man mit den eigenen Augen sehen und beurteilen kann. Ich möchte nicht sagen, dass das alles nur Ersatzhandlungen sind. Auch Migration kann Ängste auslösen. Aber Migration als Übel der Welt anzusehen, kann eigentlich nur an der Verschiebung von Problemen liegen.

Woran liegt es, dass Geflüchtete so leicht zu Sündenböcken für alle möglichen Probleme gemacht werden und das Narrativ von der „Mutter aller Probleme“ funktioniert?

Ich glaube, Migration ist besonders dafür geeignet, weil wir in einer Zeit leben, in der wir in der staatlichen und politischen Organisationsform immer das Innen und Außen betonen. Wir und sie. Das wird durch den Nationalstaat, der viele Vorteile hat und wichtig für die Durchsetzung der Menschenrechte ist, besonders betont. Dadurch gibt es noch ein anderes Gesicht, das Gesicht der Ausgrenzung, das sagt: Wir bilden eine Gemeinschaft, wir sind homogen, und draußen sind die „anderen“. Das fördert Denken und Fühlen in Entweder-oder-Kategorien. Unsere Gesellschaft ist heterogen in Bezug auf Klassen, Milieus und Religionen. Und diese Heterogenität verunsichert und wird in Migration sichtbar, obwohl diese die Heterogenität nur minimal erhöht.
(...)

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, meint dagegen: „Deutschland muss für Zuwanderer attraktiver werden“, da Deutschland dringend jährlich bis zu eine Million Zuwander:innen braucht – hoch- und geringqualifizierte –, um den massiven Arbeitskräftemangel auszugleichen. Er

fordert, den Fokus vor allem auf die Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft zu legen. Wie beurteilen Sie diesen Ansatz?

Ich glaube, dass dieser Ansatz noch ergänzt werden müsste. Zum Beispiel: Wer profitiert von dieser Arbeitsmigration? Die Unternehmen, die die Menschen einstellen, profitieren. Aber es müssen auch Schulplätze bereitgestellt und Wohnungen gefunden werden. Und dafür sind Institutionen zuständig, die schon seit den 1960er-/1970er-Jahren sagen, dass sie nur die Kosten tragen und andere die Gewinne erhalten. Ich glaube, es reicht nicht, nur aus wirtschaftlicher Sicht zu argumentieren. Wirtschaftliche Aspekte gehen immer in Konflikte und Debatten über, wer gewinnt und wer verliert. Marcel Fratzscher hat völlig recht, die deutsche Wirtschaft braucht diese Menschen, um Arbeitskräftelücken zu decken. Aber auf kommunaler und auf Nachbarschaftsebene sieht das anders aus. Neben der Forderung, Hindernisse abzubauen, sollte berücksichtigt werden, dass Migration nicht nur eine wirtschaftliche Seite hat, sondern immer auch eine politische und eine kulturelle Seite. Das war auch bei der Gastarbeiteranwerbung in den 1960er-/1970er-Jahren der Fall. Anfangs waren alle Parteien angeblich mit der Situation zufrieden. Aber Menschen kommen nicht bloß als Arbeitskräfte, sondern auch als Menschen, die politische Interessen haben; als Menschen, die religiöse Praktiken leben; als Menschen, die gleichwertig behandelt werden wollen. Diese Konflikte haben wir heute auch. Ich denke nicht, dass solche Konflikte per se schlecht sind. Nur sollte man sich, wenn man wirtschaftliche Aspekte betont, sich immer rückversichern und wissen, dass Fragen der Wirtschaft auch Fragen der Verteilung sind. Sonst machen rechtspopulistische Parteien und Politiker:innen damit ihr Geschäft.

Fortsetzung folgt